ten Arbeitsplatzes und bei der Berufsausbildung für ihren späteren Einsatz besondere gesellschaftliche Unterstützung.

(2) Die Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen des Rates des Kreises ermittelt in Auswertung der jugendärztlichen Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Rehabilitationskommission die Schulabgänger mit physischen oder psychischen Schädigungen.

(3) Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung, die Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen und das Berufsberatungszentrum unterstützen die physisch oder psychisch geschädigten Schulabgänger und deren Erziehungsberechtigten durch individuelle Berufsberatung unter Hinzuziehung von Ärzten, Sonderschulpädagogen und Vertretern von Betrieben und Einrichtungen. Dazu lädt die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung die Schüler und deren Erziehungsberechtigten ein.

(4) Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung übergibt physisch und psychisch geschädigten Schülern und deren Erziehungsberechtigten bis zum 30. Juni vor Beginn des letzten Schuljahres nach individueller Beratung Empfehlungen für Ausbildungsberufe und einstellende Betriebe, in denen sich die Schulabgänger bewerben können, sowie die Aufforderung zur Feststellung der Berufstauglichkeit durch den für den Gesundheitsschutz der Werk tätigen in den Betrieben verantwortlichen Arzt.

(5) Schulabgänger mit physischen Schädigungen können in allen für sie geeigneten Ausbildungsberufen eine Berufsausbildung aufnehmen. Zur Erweiterung der Berufswahlmöglichkeiten kann in Ausnahmefällen beim Abschluß von Lehrverträgen mit diesen Schulabgängern vereinbart werden, daß sie von der Ausbildung solcher Lehrplaninhalte des berufspraktischen Unterrichts bzw. von den Abschlußprüfungen in den entsprechenden Prüfungsgebieten des Ausbildungsberufes befreit werden, für die sie nicht die gesundheitlichen Voraussetzungen besitzen und die für ihren späteren Einsatz als Facharbeiter nicht unbedingt notwendig sind. Die Entscheidung wird von der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung in Zusammenarbeit mit einem vom Kreisarzt beauftragten Vertreter des Gesundheitsschutzes der Werk tätigen in den Betrieben, einem Arzt der Rehabilitationskommission, dem Vorsitzenden der Prüfungskommission und einem vom Leiter des Betriebes beauftragten Mitarbeiter getroffen. Die von der Ausbildung ausgenommenen Lehrplaninhalte bzw. von Abschlußprüfungen ausgenommenen Prüfungsgebiete sind unter Angabe der Gründe im Lehrvertrag und nach Beendigung der Ausbildung in der Abschlußbeurteilung auszuweisen.

(6) Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung vereinbart mit den Betrieben die Bereitstellung von Lehrstellen und die Sicherung der Berufsausbildung für die physisch oder psychisch geschädigten Schulabgänger, die nicht ihre Berufsausbildung in Rehabilitationszentren für Berufsbildung erhalten. Die Leiter der Betriebe sind verpflichtet, auf Anforderung der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung geeignete Lehrstellen oder Arbeitsplätze für diese Jugendlichen im Rahmen ihres Nachwuchsplanes oder in Ausnahmefällen gemäß § 9 Abs. 3 zusätzlich bereitzustellen.

(7) Jugendliche mit physischen oder psychischen Schädigungen können im Ergebnis der im Abs. 4 genannten individuellen Beratung auf Veranlassung der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung bereits vor den im § 7 Abs. 2 genannten Terminen ihre Bewerbungsunterlagen bei den entsprechenden Betrieben einreichen und sich um eine Lehrstelle bewerben. Sie erhalten dazu von der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung eine Bewerbungskarte ausgehändigt, die dem Direktor der Oberschule vor der Bewerbung zur Unterschrift vorzulegen ist. Die Betriebe sind berechtigt, mit diesen Jugendlichen gemäß § 11 Abs. 1 einen Lehrvertrag abzuschließen. Die Bestätigungskarten zur Bewerbung dieser Schulabgänger erhalten die Betriebe auf Anforderung von der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung.

(8) Zur Unterstützung physisch schwer- oder schwerstgeschädigter Schulabgänger, deren Ausbildung in einem Be-

trieb voraussichtlich nicht möglich erscheint, führen die Rehabilitationszentren für Berufsbildung in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Gesundheits- und Sozialwesen und den Abteilungen Berufsbildung und Berufsberatung der Räte der Bezirke gesonderte Berufsberatungen mit diesen Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten durch. Sie habdt das Ziel, die Ausbildung durch ein Rehabilitationszentrum für Berufsbildung zu sichern.

V.

Kontrolle der abgeschlossenen Lehrverträge und der Erfüllung der Pläne der Aufnahme von Schulabgängern in die Berufsausbildung

§ 15

Aufgaben der Betriebe

Die Leiter der Betriebe schätzen die Ergebnisse der Berufsberatung ein und legen weitere Maßnahmen des Betriebes zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit fest. Sie kontrollieren die Erfüllung des Planes der Aufnahme von Schulabgängern in eine Berufsausbildung auf der Grundlage der Bilanzentscheidung des Rates des Kreises in seiner Gliederung nach Berufen sowie die Einhaltung der Rechtsvorschriften für die Aufnahme der Schulabgänger in eine Berufsausbildung.

§ 16

Aufgaben der Oberschulen

Die Oberschulen stellen auf der Grundlage der von den Betrieben bestätigten Bewerbungskarten fest, welche Schulabgänger einen Lehrvertrag abgeschlossen haben und nehmen auf die Schulabgänger Einfluß, die noch keinen Lehrvertrag abgeschlossen haben. Sie vervollständigen die Unterlagen über die Schulabgänger und leiten danach die Bewerbungskarten an die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung des für die Oberschule zuständigen Rates des Kreises weiter.

§ 17

Aufgaben der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung

(1) Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung kontrolliert auf der Grundlage der von den Oberschulen gemäß § 16 übergebenen Bewerbungskarten, inwieweit alle Schulabgänger des Kreises Lehrverträge abgeschlossen haben und unterstützt die Schulabgänger, die noch keinen Lehrvertrag abgeschlossen haben, gemäß § 12.

(2) Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung kontrolliert auf der Grundlage des Planes der Aufnahme von Schulabgängern in eine Berufsausbildung und mit Hilfe der von den Betrieben eingereichten Bestätigungskarten den Stand der Erfüllung der Nachwuchspläne der Betriebe. Sie informiert den Rat über die Ergebnisse und schlägt ihm Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Berufsberatung und zur Sicherung der Nachwuchsgewinnung zur Bestätigung vor.

VI.

Abschluß und Auflösung von Arbeitsverträgen mit Schulabgängern und Jugendlichen, die kein Lehrverhältnis aufnehmen

§ 18

(1) Für die erstmalige Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses sind die gleichen Bewerbungsunterlagen anzuwenden wie zur Bewerbung um eine Lehrstelle.

(2) Durch den Leiter des Betriebes ist zu gewährleisten, daß der beabsichtigte Abschluß eines Arbeitsverhältnisses auf der Bestätigungskarte des Schulabgängers vermerkt wird. Die Bewerbungs- und die Bestätigungskarten für die Einstellung dieser Schulabgänger sind in der gleichen Weise weiterzuleiten wie für die Aufnahme von Schulabgängern in eine Berufsausbildung. Gleichzeitig ist die Abteilung Berufsbil-